



Wegen Corona tagte das Ausserrhoder Kantonsparlament ausnahmsweise im Buchensaal in Speicher.

Bild: Nik Roth (Speicher, 15. Juni 2020)

Kritik an fehlender Mitsprache

Die Ausserrhoder Regierung habe die Coronakrise gut gemeistert, findet der Kantonsrat. Dennoch gebe es Verbesserungspotenzial.

Claudio Weder

Es macht den Anschein einer unfairen Arbeitsteilung. Während sowohl die nationalen als auch kantonalen Exekutiven in den vergangenen Wochen und Monaten fast im Tagesrhythmus wichtige Entscheide zur Bewältigung der Coronapandemie zu fällen hatten, blieb den Legislativen nichts anderes übrig als zuzusehen. Einer, der sich schon zu Beginn der Krise daran störte, war FDP-Ständerat Andrea Caroni: «Es beelendet mich, dass das Parlament nicht handlungsfähiger ist», sagte er Mitte März gegenüber dieser Zeitung. An seiner Meinung hält er fest: «Natürlich schlägt im Sturm der Krise vorab die Stunde der Exekutive. Aber Parlamente können ihre Rolle nicht nur bei schönem Wetter spielen, sondern haben auch in der Krise eine zentrale demokratische Rolle.»

Auf kantonalen Ebene fällt die Kritik an der vorübergehenden Entmachtung des Parlaments harmloser aus. An der Sitzung des Ausserrhoder Kantonsrates vom 15. Juni wurde der Bericht der Regierung über die getroffenen Covid-19-Massnahmen mehrheitlich positiv aufgenommen. Auch gegen die zwei Notverordnungen, die der Regierungsrat dem Kantonsrat zur nachträglichen Genehmigung vorlegte, hatte niemand etwas einzuwenden. Dennoch wurden Punkte genannt, die verbesserungswürdig seien: Manche Parlamentarier hätten sich während der Krise eine bessere Kommunikation und mehr Mitsprache gewünscht.

FDP-Fraktionspräsident Patrick Kessler (Teufen) hob in seinem Votum hervor, dass der Regierungsrat während der Krise unaufgeregt reagiert und so wenig wie nötig Hektik oder Regulierungswut habe aufkommen lassen. Aber ein «Haar in der Suppe» finde man immer: Als Vertreter der Legislative habe man sich in den vergangenen

Wochen mal mehr, mal weniger gefragt: «Braucht es mich überhaupt? Denkt jemand in der Regierung an uns?» Laut Kessler hätten sich manche FDP-Kantonsräte gewünscht, dass sie von der Regierung besser über die einzelnen Beschlüsse informiert worden wären. «In der Fraktion war man diesbezüglich jedoch geteilter Meinung.»

Letztlich stellt Kessler auch klar, dass Gesetzgebung und Ausführung zwei verschiedene Paar Schuhe seien. «Sowohl die Exekutive als auch die Legislative machten das, wofür sie vorgesehen waren.» Der Regierungsrat habe geführt, gehandelt und kommuniziert, der Kantonsrat habe ruhig Blut bewahrt und dem Regierungsrat vertraut. «Ein langwieriger Gesetzgebungsprozess wäre wohl das Letzte gewesen, das wir in dieser Zeit gebraucht hätten.»

Legislative muss einbezogen werden, findet die SVP

Auch von Seiten der SVP hörte man zunächst lobende Worte: «Mit der Kommunikation ist es der Regierung gelungen, alle Register zu ziehen», sagte Renzo Andreani (Herisau). Die Bevölkerung sei transparent und zeitnah in allen wichtigen Themen informiert worden – auch über digitale Kanäle wie Youtube. Wie ein Teil der FDP-Fraktion hätte sich jedoch auch Andreani gewünscht, wenn das Kantonsparlament auf anderen Kanälen als die Bevölkerung wurde früher über die einzelnen Entscheide der Regierung informiert worden wäre: «Von den Beschlüssen des Regierungsrates erfuhren wir meist erst aus der Presse», sagt er auf Anfrage. Andreani findet, dass die Legislative, deren Aufgabe es sei, die Exekutive zu überwachen, in einer solchen Krisensituation einbezogen werden müsse – insbesondere dann, wenn es um finanzielle Fragen geht. Dass dies jedoch schwierig sei, sei ihm bewusst.

«Eine direkte Kommunikation der Massnahmen an den Kantonsrat gab es nicht», stellt auch SP-Fraktionspräsident Michael Kunz (Rehetobel) mit Rückblick auf die vergangenen Monate fest. «Die getroffenen Massnahmen und die Begründung der Regierung waren im Detail erst mit dem Versand des Antrags der Regierung zuhanden der Kantonsratssitzung bekannt.» Da zwischen Dezember 2019 und Juni 2020 keine Kantonsratssitzung stattfand und im März und April auch kaum Kommissionen tagten, sei der direkte Austausch mit der Regierung «marginal» gewesen. Ihm sei bewusst, dass der Regierungsrat zeitlich unter Druck stand, die Massnahmen zur Krisenbewältigung zu planen. Trotzdem hätte sich Kunz einen Zwischenbericht der Regierung an den Kantonsrat gewünscht.

«Manche Kantonsräte fragten sich: Braucht es mich überhaupt?»



Patrick Kessler
Kantonsrat FDP, Teufen

Demgegenüber hat die CVP/EVP-Fraktion am Kommunikationsstil der Regierung nichts auszusetzen. «Wir fühlten uns ausreichend informiert», sagt Fraktionspräsident Balz Ruprecht (Herisau). Mit dem im Kantonsrat diskutierten Bericht des Regierungsrates hatte das Parlament die Möglichkeit, sich mit dem Regierungsrat auszutauschen. «Der Kontakt zwischen Regierungsrat und Kantonsrat war genügend.» Auch die PU-Fraktion hält sich mit Kritik zurück: «Mittels Schreiben wurde der Kantonsrat durch den Regierungsrat zeitgerecht informiert. Ebenso stand der Regierungsrat mit unserer Kantonsratspräsidentin in Kontakt und diese wiederum mit uns», sagt Fraktionspräsident Stephan Wüthrich (Wolfhalden). Auch hätten sich die Parlamentarier der PU-Fraktion während der Krise nicht

«Hauptakteurin der Krise war und ist eine funktionierende Exekutive.»



Alfred Stricker
Landammann

allein gelassen gefühlt. «Eine ausserordentliche Lage bedingt einen anderen Führungs- und Entscheidungsprozess als in der Normalität bei den sonst demokratischen Abläufen.» Wüthrich verweist auf die Bundesebene: «Der Bundesrat hat in der ausserordentlichen Lage das Heft in die Hand genommen, wie ich es als Bürger von ihm erwarte. Dass dabei die beiden Kammern des Bundes in den Hintergrund getreten sind, ist die logische und richtige Konsequenz.» Gleiches sei im Kanton geschehen.

Regierung stand unter Zeitdruck

Landammann Alfred Stricker weist die Kritik an der zurückhaltenden Kommunikationskultur von sich: «Der Regierungsrat hat die Mitglieder des Kantonsrates im Rahmen seiner öffentlichen Kommunikation direkt und zeitnah über die gefällten Entscheide informiert. Kontakte haben auch auf präsidialer Ebene stattgefunden.» Inwieweit die Informationen umfangreicher hätten sein sollen, sei nun im Rahmen einer gemeinsamen Evaluation der Krisenbewältigung mit dem Kantonsrat zu klären.

Zudem, betont der Landammann, standen Bund und Kantone unter einem grossen Zeitdruck. «Verantwortliche Hauptakteurin der Krise war und ist eine funktionierende Exekutive, die ein funktionierendes Krisenmanagement sicherstellen musste.» Die Ausserrhoder Kantonsverfassung sehe für solche Situationen spezielle Regeln vor, die dem Regierungsrat sofortiges Handeln ermöglichen. Der Kantonsrat müsse dann aber im Nachhinein miteinbezogen werden, wenn seine Kompetenzen betroffen sind, sagt Stricker. Der Regierungsrat habe solche Entscheide unter diesem sogenannten Notrecht auf ein absolutes Minimum beschränkt.